76131 Karlsruhe Durlacher Allee 29 Tel.: (0721)156-2332 05.08.2022

IdNr. Ehemann 42 750 318 993 IdNr. Ehefrau 56 814 075 399 Steuernummer 35064/03000 (Bitte bei Rückfragen angeben)

EINGANG

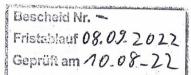
1 0. AUG. 2022 DG

FA, Durlacher Allee 29, 76131 Karlsruhe

14 303B 6550 6C 1004 BD95
DV 08.22 1,00 Deutsche Post

*1729*0019417*0508*0019421*

Heinz Kühn Steuerberater Weinbergstr. 19 A 76593 Gernsbach



Einspruch eingelegt Nein

Bescheid für 2020

über

E in kommensteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer

für Herrn und Frau Bernd und Andrea Dürring Weimarer Str.47 76139 Karlsruhe

Festsetzung

Art der Steuerfestsetzung

Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

orläufig.

Solidaritäts- Kirchenst.

	steuer	zuschlag	kath. Ehefrau
	. €	€	€
Festgesetzt werdenab Steuerabzug vom Lohn	10.964,00 12.894,00	603,02 707,98	132,28 288,09
verbleibende Steuer	-1.930,00	-104,96	-155,81
Abrechnung (Stichtag 28.07.2022)		r kojak	
bereits getilgt	0,00	0,00	0,00
mithin sind zu viel entrichtet	1.930,00	104,96	155,81

Das Guthaben von 2.190,77 € wird erstattet auf das Konto mit der IBAN DE38XXXXXXXXXXXXXXXXXX6913 bei Spk Karlsruhe Ettlingen.

Besteuerungsgrundlagen

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	Ehemann €	Ehefrau €	insgesamt €
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit Bruttoarbeitslohn ab Arbeitnehmer-Pauschbetrag ab Werbungskosten Ehemann übrige Werbungskosten 16 Summe der Werbungskosten 16 mind. Arbeitnehmer-Pauschbetrag 1.000	60.444 1.000	19.604 1.000	
Einkünfte	59.444	18.604	

Form.Nr. 029646 G

001619101

/ 007337

- Fortsetzung nächste Seite -

Rt. 28.07.2022 Est 2020

Telefax: (0721)1561000 öffnungszeiten: im Internet unter:www fa-karlsruhe-stadt.de Kreditinstitut:

Dt. Bundesbank Fil. Karlsruhe IBAN: DE52 6600 0000 0066 0015 01 BI

BIC: MARKDEF1660

Blatt 00001

Finanzamt Karlsruhe-Stadt IdNr. Ehemann 42 750 318 993, Ehefrau 56 814 075 399, Steuernummer 35064/03000 Seite 2

Bescheid für 2020 über E i n k o m m e n s t e u e r, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 05.08.2022

Einkünfte aus Kapitalvermögen Einkünfte aus Kapitalvermögen, die der tariflichen Einkommensteuer unterliegen		-1.830	•			
Einkünfte		-1.830				
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung aus bebauten Grundstücken EW-Aktenzeichen 3500104390240033 Einkünfte		-2.286 -2.286				
Summe der Einkünfte		55.328 55.328		18.604	73.932 73.932	
Gesamtbetrag der Einkünfte				18.604		
ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben						
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen davon 90 % ab Arbeitgeberanteil zur Rentenversiche verbleiben		3.64 3.28 1.82 1.46	33	1.460		
Beiträge zur Krankenversicherung - Ehemann - Ehefrau	8.359 1.520			ong Jel		
Summe Krankenversicherungsbeiträge ab Kürzungsbetrag nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a Satz 4 EStG	9.879	9.87	79 50			
verbleiben Beiträge zur Pflegeversicherung - Ehemann - Ehefrau	1.712 299	9.81	19		eren a tr	
Summe Pflegeversicherungsbeiträge	2.011	2.01	11			
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		11.83	30	11.830		
Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendur	ngen			13.290	13.290	
unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben im Kalenderjahr 2020 geleistete Zuwendu gen § 10b EStG im Veranlagungszeitraum abziehbar gezahlte Kirchensteuer ab erstattete Kirchensteuer Summe der unbeschränkt abziehbaren Sond		120 120 289 181		120 108 228	228	
Einkommen /			s Einl		60.414	
Einkommen /	zu verste	euerndes	s Einl	commen	60.4	

zamt Karlsruhe-Stadt Ehemann 42 750 318 993, Ehefrau 56 814 075 399, Steuernummer 35064/03000 Seite 3

escheid für 2020 über E i n k o m m e n s t e u e r, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 05.08.2022

Berechnung der Einkünfte, die nach § 32d Abs. 1 EStG besteuert werden (Abgeltungsteuer)

						Ehemann €	Ehefrau €
Kapitalerträge	outputments	·				B71833	3.072
abzüglich Sparer-Pauschbetrag Einkünfte aus Kapitalvermögen		•	•	•	•	 Spirit Service	1.602
i. S. d. § 32d Abs. 1 EStG	•						1.470

Berechnung der Steuer

	€
zu versteuern mit Progressionsvorbehalt nach dem Splittingtarif mit 17,5641 % aus 60.414 ab Ermäßigung für Handwerkerleistungen	10.611 7
verbleiben zu versteuern nach § 32d Abs. 1 EStG 1.470	10.604 360
festzusetzende Einkommensteuer	10.964

Berechnung des Solidaritätszuschlags



	€
Einkommensteuer	10.604,00
Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag davon 5,5 % Solidaritätszuschlag Berechnung des Solidaritätszuschlags für Kapitalerträge, die nach § 32d Abs. 1 EStG besteuert werden	10.604,00 583,22
Steuer nach § 32d EStG 360,00	
davon 5,5 % Solidaritätszuschlag	19,80
festzusetzender Solidaritätszuschlag	603,02

Finanzamt Karlsruhe-Stadt IdNr. Ehemann 42 750 318 993, Ehefrau 56 814 075 399, Steuernummer 35064/03000

Bescheid für 2020 über E i n k o m m e n s t e u e r, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 05.08.2022

Berechnung der Kirchensteuer

	2.80		. €
zu versteuern	des Einkommen		60.414
darauf entfal Berücksichtig auf die Ehefr	lende Einkommensteuer, die sich ung der Steuerermäßigungen ergib au entfallen	unter t	10.604,00 1.293,55
katholische	Kirchensteuer: 8 % von	1.293,55	103,48

Berechnung der Kirchensteuer für Kapitalerträge, die nach § 32d Abs. 1 EStG besteuert werden

Bemessungsgrundlage (Kapitalertragsteuer) auf die Ehefrau entfallen katholische Kirchensteuer: 8 % von	360,00	360,00 360,00 28,80
--	--------	---------------------------

			X. 2	€
Summe katholische	Kirchensteuer	Tana Italia		132,28

Erläuterungen zur Festsetzung

Ihre geleisteten und erstatteten Beiträge zu Basiskrankenversicherungen und gesetzlichen Pflegeversicherungen habe ich mit den Beträgen berücksichtigt, die das Versicherungsunternehmen, der Träger der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung oder die Künstlersozialkasse der Finanzverwaltung elektronisch übermittelt hat.

elektronisch übermittelt hat.
Der Träger der Sozialleistungen hat der Finanzverwaltung Daten zu Leistungen (Ehefrau) übermittelt, die dem Progressionsvorbehalt unterliegen (z. B. Arbeitslosengeld, Elterngeld, Krankengeld, Kurzarbeitergeld, Verdienstausfallentschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz). Diese habe ich bei Ihrer Steuerfestsetzung berücksichtigt.
Der Anbieter Ihrer zusätzlichen Altersvorsorge (Riester-Rente) hat mir Ihre Beitragsdaten übermittelt. Ich kann für Sie überprüfen, ob der Abzug dieser Beiträge als Sonderausgaben günstiger ist als Ihr Anspruch auf die Zulage. Bitte reichen Sie hierfür innerhalb der Rechtsbehelfsfrist die ausgefüllte Anlage AV

Sie (Ehemann) haben Werbungskosten zu Ihren Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit (Arbeitslohn) angegeben. Da der Pauschbetrag für Werbungskosten höher ist als die von Ihnen angegebenen Werbungskosten, habe ich diesen von Ihren

Einnahmen abgezogen.

Einnahmen abgezogen.

Als Sonderausgaben wurde die Differenz zwischen der im Kalenderjahr gezahlten und der erstatteten Kirchensteuer berücksichtigt.

Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung Ihrer Beiträge zur Krankenversicherung (Basisabsicherung) und zur gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeschöpft; ein darüber hinausgehender Abzug der weiteren sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich (Neuregelung durch das Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16.7.2009, Bundesgesetzblatt Teil I S. 1959).

Die Festsetzung der Kirchensteuer erfolgt nur gegen die Ehefrau.

Sie haben einen Antrag auf Günstigerprüfung für sämtliche Kapitalerträge gestellt. Meine Prüfung hat ergeben, dass die Besteuerung nach dem allgemeinen Tarif nicht günstiger ist. Sollte der Steuerbescheid geändert werden, prüfe ich die steuerliche Auswirkung erneut. Einen weiteren Antrag müssen Sie dafür nicht stellen.

stellen.

Leistungen nach § 32b Abs. 1 Nr. 1 EStG (z.B. Lohnersatzleistungen) in Höhe von 847 € für die Ehefrau wurden mit 847 € in die Berechnung des Steuersatzes einbezogen (Progressionsvorbehalt, § 32b EStG). Dieser Festsetzung liegen Ihre (am 01.07.2022 um 23:13:27 Uhr) in authentifizierter Form übermittelten Daten zugrunde.

zamt Karlsruhe-Stadt Ehemann 42 750 318 993, Ehefrau 56 814 075 399, Steuernummer 35064/03000

escheid für 2020 über E i n k o m m e n s t e u e r, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer vom 05.08.2022

Sie haben im Veranlagungszeitraum die Steuerklassenkombination III/V gewählt. Bei der Person mit Steuerklasse V ergibt sich oftmals eine überproportionale Belastung mit Lohnsteuer. Außerdem kann es zu Nachzahlungen bei der Einkommensteuerveranlagung kommen. Um dies zu vermeiden, haben Sie die Möglichkeit, die Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktor zu wählen. Damit wird der Lohnsteuerabzug der voraussichtlichen gemeinsamen Jahressteuerschuld weitgehend angenähert. Das Faktorverfahren kann bei Ihrem Wohnsitzfinanzamt mit dem Vordruck "Antrag auf Steuerklassenwechsel bei Ehegatten/Lebenspartnern"

dem Vordruck "Antrag auf Steuerklassenwechsel bei Ehegatten/Lebenspartnern" beantragt werden.
Falls Sie beabsichtigen, gegen diesen Einkommensteuerbescheid Einspruch einzulegen oder einen Antrag auf schlichte Änderung zu stellen, sollten Sie die Belege zu Ihrer Steuererklärung, die zu dieser Steuerfestsetzung geführt hat, bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs- bzw. Änderungsverfahrens aufbewahren. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 A0), sollten die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehalts der Nachprüfung aufbewahrt werden. Belege, die für mehrere Jahre von Bedeutung sind (z.B. ärztliche Atteste), sollten entsprechend länger aufbewahrt werden. Aufbewahrungspflichten nach z.B. §§ 147, 147a A0 oder anderen gesetzlichen Vorschriften (z.B. § 14b UStG, § 50 EStDV) bleiben unberührt. Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden (z.B. für Erziehungsgeld/Elterngeld, Leistungen nach dem BAföG).

nach dem BAföG).

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 A0 vorläufig hinsichtlich – der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 – III R 39/08 –, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. ihren Wortlaut auslegen

Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein Einspruch ist daher insoweit nicht erforderlich.